

//PRESSEINFORMATION//

33/2020

Saarbrücken, 02.11.2020

GEW begrüßt Investition für Infektionsschutzmaßnahmen Schnelle und unbürokratische Mittelvergabe dringend erforderlich!

Saarbrücken – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Saarland, begrüßt die kurzfristige Mittelvergabe der Landesregierung in Höhe von 20 Millionen Euro für den Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen und Kindertagesstätten.

„Angesichts der rasant steigenden Infektionszahlen müssen die bereitgestellten Mittel unverzüglich und unbürokratisch für Maßnahmen in der Umsetzung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes eingesetzt werden, die geeignet sind, alle Beteiligten besser zu schützen“, so die GEW-Landesvorsitzende Birgit Jenni. „Es kann nicht sein, dass sich in Schulen und Kitas tagtäglich Personen aus bis zu 100 und teilweise mehr Haushalten über mehrere Stunden in einem Raum aufhalten, während landesweit eine Kontaktbeschränkung von maximal zwei Haushalten besteht. Wenn es unser aller Ziel ist, dass die Bildungseinrichtungen so lange wie möglich weiterarbeiten können, müssen wir dafür sorgen, dass die Zahl von Quarantänemaßnahmen oder Infektionen bei Lehrkräften und Erzieher*innen nicht weiter steigt. Dies kann sehr schnell zu einer personell derart angespannten Situation führen, dass ein vollständiger Betrieb nicht mehr möglich sein wird. Die Personalkapazitäten reichen vielerorts schon jetzt bei weitem nicht mehr aus, deshalb ist zusätzliches Personal dringend notwendig“, so Birgit Jenni weiter.

Für die Bildungseinrichtungen unbedingt erforderlich ist eine sofortige Grundausstattung mit sogenannten FFP2-Masken für alle Kolleginnen und Kollegen, gerade auch deshalb, weil nicht immer und überall die Kinder und Jugendlichen dauerhaft Masken tragen können oder dürfen. Ebenso muss erneut über geeignete Testmöglichkeiten wie z.B. Schnelltests nachgedacht werden. Diese sollten schnell und unkompliziert auf Wunsch zur Verfügung gestellt werden.

Zwar begrüßen wir ausdrücklich, dass das Land für die Anschaffung von Luftfiltergeräten für schlecht zu lüftende Räume bereits zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt hat. Auch hier gilt es schnell zu handeln, denn leider wurde die Zeit zwischen den Sommer- und Herbstferien nicht ausreichend genutzt, um geeignete Vorkehrungen zu treffen. Dazu zählen neben mobilen Luftfiltergeräten, z.B. das Bereitstellen von räumlichen Ausweichmöglichkeiten oder die Anschaffung von Plexiglastrennwänden überall dort, wo das Lüften nur eingeschränkt möglich ist und das dauerhafte Tragen von Masken aus pädagogischen und gesundheitlichen Gründen erschwert ist.

Nachdem viele Bereiche des öffentlichen Lebens heruntergefahren werden, sollen die Schulen und Kindertagesstätten nach dem Willen der Bildungsministerien weiterhin geöffnet bleiben. Dies ist aus sozialen und pädagogischen Gründen nachvollziehbar. In der aktuellen Situation muss aber auch in Betracht gezogen werden, vorübergehend (z.B. für 4 Wochen) und lokal vor Ort in das

Model des Hybridunterrichts (Wechsel von Präsenzunterricht und häuslichen Lernphasen) zu wechseln, damit der Gesundheitsschutz der Kinder und Jugendlichen sowie der Beschäftigten im Bildungsbereich gewahrt werden kann. Nur dann ist es möglich, die erforderlichen Abstände in kleineren Lerngruppen einzuhalten, um auch als Schule oder Kindertagesstätte dazu beizutragen, die Pandemie einzudämmen. Hier wäre es wünschenswert, wenn die einzelne Einrichtung in Abstimmung mit der örtlichen Gesundheitsbehörde auf das Infektionsgeschehen vor Ort reagieren könnte, ohne dass regional großflächige Maßnahmen ergriffen werden, die in der Breite vielleicht gar nicht nötig sind.

Eine überzeugende Strategie, wie der Regelbetrieb unter den Bedingungen der rasant steigenden Infektionszahlen aufrechterhalten werden kann, können wir derzeit jedoch nicht erkennen. Es ist mehr als fraglich, ob allein das ständige Tragen von Masken im Unterricht sowie das regelmäßige Lüften ausreichende Maßnahmen sein können, um auch mittelfristig den Vollbetrieb in den Einrichtungen aufrechterhalten zu können, wenn das Infektionsgeschehen in der allgemeinen Bevölkerung so hoch bleibt wie aktuell. Daher ist es dringend notwendig, dass die bessere digitale Ausstattung der Schulen, Lehrkräfte und Schüler*innen nicht weiter durch bürokratische Hürden behindert wird. Die Geräte und die notwendige Infrastruktur werden dafür dringend benötigt.

„Die GEW Saarland drängt weiterhin in den Gesprächen mit den politisch Verantwortlichen darauf, dass der Arbeits- und Gesundheitsschutz von Lehrkräften und Erzieher*innen bei allen Entscheidungen im Rahmen von Corona-Verordnungen mitberücksichtigt und umgesetzt wird“, so Birgit Jenni abschließend. ■